

Timoschenko will zur Wahl antreten

Die ukrainische Opposition hat die inhaftierte Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko demonstrierend als Spitzenkandidatin für die Parlamentswahl am 28. Oktober aufgestellt. Allerdings dürfte die Wahlkommission das ablehnen, weil Inhaftierte nicht kandidieren dürfen. Auf einem Kongress in Kiew stimmte ein Zusammenschluss aus Oppositionsparteien für die Kandidatenliste. In der früheren Sowjetrepublik begann am Montag offiziell der Wahlkampf. Die Opposition will die Macht der regierenden Partei der Regionen und des Präsidenten Viktor Janukowitsch brechen. Timoschenko war wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Kritiker halten das Urteil für politisch motiviert. **DPA**

Prager Koalition legt Streit um Justiz bei

Der tschechische Justizminister Pavel Blazek hat die Korruptionsbekämpferin Lenka Bradáčová zur obersten Staatsanwältin in Prag ernannt. Damit wurde der Konflikt um diese Personalfrage in der tschechischen Mitte-Rechts-Koalition am Montag beigelegt. Die Regierungspartei TOP09 von Außenminister Karel Schwarzenberg hatte auf der Wahl Bradáčová bestanden. Sie hatte mit der Strafverfolgung des Sozialdemokraten David Rath wegen des Verdachts der Vorteilsnahme in Millionenhöhe ein politisches Erdbeben ausgelöst. Prager Medien bezeichneten die Ernennung Bradáčová als Probe für die Unabhängigkeit der Justiz von einflussreichen Eliten. **DPA**

Ahmadinedschad verliert Verbündeten

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat im Machtkampf mit seinen innenpolitischen Gegnern eine weitere Schlappe einstecken müssen. Der von ihm ernannte Leiter der Sozialversicherungsbehörde, Saeid Mortasawi, wurde auf Anordnung des obersten Verwaltungsgerichts des Landes entlassen. Das meldete die Nachrichtenagentur Isna am Montag. Mortasawi ist ein als Hardliner bekannter Ex-Staatsanwalt, der mit dem Tod der iranisch-kanadischen Fotjournalistin Zarah Kazemi 2003 in Verbindung gebracht wird. Die Entscheidung Ahmadinedschads, ihn 2011 zum Chef der Sozialversicherungsbehörde zu machen, war im Parlament auf heftige Kritik gestoßen. Konservative Abgeordnete hatten das oberste Verwaltungsgericht daraufhin ersucht, Mortasawi abzusetzen. In seiner Zeit als Staatsanwalt wurde ihm nachgesagt, besonders unnachgiebig und regimeregebe zu sein. Er ließ Oppositionelle verfolgen und wiederholt reformorientierte Tageszeitungen schließen. Die Fotjournalistin Kazemi hatte laut einer offiziellen Untersuchung bei einem offensichtlich von Mortasawi geführten Verhör einen Schlag auf den Kopf bekommen und war an einer Hirnblutung gestorben. Sie war festgenommen worden, weil sie Aufnahmen vom berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran gemacht hatte. **DPA**

Anarchisten treffen sich in der Schweiz

Eine kleine Gemeinde in der Schweiz wird im August Schauplatz für ein „Welttreffen des Anarchismus“. Fünf Tage lang wollen Anhänger verschiedenster libertär-anarchistischer Bewegungen über „diverse Wege des Widerstands“ gegen gesellschaftliche Übel debattieren – von der Ausbeutung über die Umweltverschmutzung bis zu Militarismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zu dem für jedermann öffentlichen Kongress in Saint-Imier (Kanton Bern) werden vom 8. bis 12. August bis zu 3000 Besucher aus vielen Ländern erwartet, sagte Mitorganisator Michel Némitz am Montag. Das Interesse an anarchischem Gedankengut habe in letzter Zeit wieder zugenommen. **DPA**

EUROPA IN NOT

Die Euro-Krise macht keine Ferien – die Regierung in Berlin bekommt dies zu spüren: Das Ringen um Hilfen für Spanien geht weiter. Und griechische Unternehmer wollen ihr Land nicht so einfach abschreiben lassen, wie es manch deutschem Politiker vorschwebt

Aus dem Hilfskofferchen für Spanien

EZB kann am schnellsten reagieren // Hoffen auf neue ESM-Instrumente // Viel hängt von Entschlossenheit der Geldgeber ab

Peter Ehrlich und Mark Schrörs, Brüssel

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bundesregierung sind sich mit den Vertretern Spaniens und Italiens einig: Die extrem hohen Zinsen, die beide Länder am Kapitalmarkt bieten müssen, sind nicht gerechtfertigt und auf Dauer nicht tragbar. Die FTD erläutert die Optionen für ein Eingreifen.

> EZB Ganz kurzfristig kann nur die EZB Anleihen am Sekundärmarkt kaufen und damit die Zinsen auch für Neuemissionen drücken. Das 2010 für Griechenland gestartete und 2011 auf Spanien und Italien ausgeweitete Marktankaufprogramm SMP brachte keine dauerhafte Erleichterung. Die EZB hatte aber auch klargemacht, dass sie nicht im großen Stil zuschlägt; seit Wochen kauft sie gar nicht mehr. Würde sie unterschiedenes Eingreifen signalisieren, könnte der Effekt größer sein, sagen Beobachter. Das SMP ist in der EZB aber umstritten, die Bundesbank dagegen.

Alternativ könnte die EZB im Auftrag des Krisenfonds EFSF tätig werden und Anleihen kaufen. Da-

für wäre ein Antrag Spaniens nötig – und Einstimmigkeit der EFSF-Garantiegeber. Finnland und die Niederlande haben aber ein Veto angekündigt. Ein Argument: Das EFSF-Geld wäre schnell erschöpft.

> ESM Anders sieht es aus, wenn der neue Rettungsmechanismus ESM tätig wird. Das soll Mitte September geschehen, wenn das Bundesverfassungsgericht den Fonds genehmigt hat. Der bringt theoretisch eine neue Höchstsumme von 500 Mrd. Euro – zusätzlich zu den 148 Mrd. Euro, die nach der Bankhilfe für Spanien noch in der EFSF sind. Allerdings haben die Finanzminister beschlossen, dass beide Fonds insgesamt nur 700 Mrd. Euro ausgeben dürfen, langfristig gar nur 500 Mrd. Euro. Da beim ESM zunächst 32 von 80 Mrd. Euro Barkapital eingezahlt werden, stehen dort Ende des Jahres nach Berechnungen von Jacques Cailloux von Nomura nur 213 Mrd. Euro zur Verfügung.

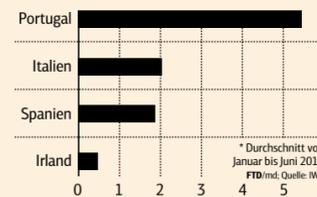
Müssten die Fonds Italien und Spanien komplett finanzieren, würde ihr Geld selbst bei Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für weniger als ein Jahr reichen. Die Schlagkraft ließe sich erhöhen, erhielte der ESM eine Banklizenz. Dann

Irrational teuer

Zinsabstand Anleger verlangen von Spanien und Italien vier Prozentpunkte Risikoaufschlag. Doch nur zwei Punkte erklärten sich durch die langfristigen Aussichten der Volkswirtschaften, sagt der Internationale Währungsfonds.

Anleger im Panikmodus

Zinsaufschlag 10-jähriger Staatsanleihen ggü. Bundesanleihen, der sich nicht durch langfristige fiskalische und volkswirtschaftliche Faktoren des Landes erklären lässt, in Prozentpunkten*



könnte er gekaufte Anleihen bei der EZB hinterlegen und dafür frisches Geld bekommen.

Prinzipiell könnte der ESM seine sogenannte Primärmarktfaillitäre einsetzen. Danach würde der Fonds bis zu 50 Prozent des Volumens neuer Anleihen kaufen. Noch effektiver wäre der Kauf durch sogenannte Co-Investment-Fonds (CIFs): Bei denen investieren private Geldgeber zusammen mit dem ESM, wobei der ESM Verluste garantiert – die ersten zehn oder 20 Prozent. EFSF-Chef Klaus Regling sagte der FTD, er habe für die CIFs Interessenten, die bis zu 60 Mrd. Euro investieren würden. Dieses Hebelinstrument könnten EFSF/ESM oder der IWF durch eine vorsorgliche Kreditlinie ergänzen.

> Kombination Ein koordiniertes Vorgehen wäre denkbar: Primärmarktkaufe des ESM, Kreditlinien des IWF, Sekundärmarktkaufe der EZB. Erik Nielsen von Unicredit sagt, die Euro-Zonen-Verantwortlichen könnten andeuten, in welchem Bereich sich in etwa die Zinsen für Italien und Spanien bewegen sollten. Wenn die Marktteilnehmer glauben, dass dieses Ziel auch durchgesetzt wird, müssen im Idealfall nur geringe Summen eingesetzt werden.



In Dienstkleidung im Urlaub: Kanzlerin **Angela Merkel** kann in den Ferien in Südtirol die Euro-Krise nicht immer abschütteln. Ihre Personenschützer sowieso nicht

Euro-Krise all-inclusive

Die Kanzlerin will im Wanderurlaub Ferienruhe verbreiten. Aber sie muss viel telefonieren

Claudia Kade, Berlin

Eigentlich hat Angela Merkel nur wie jedes Jahr die Gourmet-Halbpension im gemütlichen Suldener Traditionshotel Marlet gebucht. Tagsüber wandern auf den Südtiroler Bergwegen, abends Sauna und Mehrgangsmenü – so etwa sah der Erholungsplan der Kanzlerin aus. Aber diesmal steckt noch mehr drin im Pauschalangebot: In diesem Sommer gibt es außerdem kostenlos täglich frische Katastrophenmeldungen aus der Euro-Krise mit dazu – Kanzlerurlaub all-inclusive.

Während der Zinsdruck auf Spanien und Italien steigt und ganz Europa über eine groß angelegte Notoperation der Europäischen Zentralbank (EZB) spekuliert, während Euro-Größen wie Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker und ehemalige EU-Spitzen wie der britische Ex-Premier Tony Blair Merkels Krisenmanagement zerpfücken, beschränkt die Kanzlerin sich auf Krisenpolitik am Telefon und lässt sich nicht aus der Ferienruhe bringen.

Während ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auf der Nordseeinsel Sylt seinen US-Kollegen Timothy Geithner empfängt und damit die Euro-Spekulationen noch weiter anheizt, setzt Merkel auf 1900 Metern Höhe auf kühlen Kopf. Nach dem Motto: Solange abrupte Ferienunterbrechungen von den Finanzmärkten vor allem als Alarmsignal verstanden werden, bleibt sie doch lieber im Urlaubsmodus – zumindest halbwegs.

Zwar verbringt Merkel in Suldener viel Zeit mit Arbeitsgesprächen: Gleich nach ihrem Urlaubsstart am vergangenen Freitag bat Frankreichs Präsident François Hollande um ein Krisentelefonat. Und am nächsten Tag telefonierte sie mit ihrem italienischen Kollegen Mario Monti. Hinterher ließ Merkel aber nur einige knappe Sätze verbreiten, die zu vagen waren, um Kursbewegungen auszulösen. Sie wolle alles tun, um die Euro-Zone zu stützen, hieß es nur.

Schon in den Sommerferien 2011 hatte die Kanzlerin von Suldener aus gesehen, wie der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy durch

seine spontane Rückreise aus den Ferien und kurz entschlossene Auftritte vor den Fernsehkameras die Verunsicherung in der Schuldenkrise eher noch vergrößert hatte. Auch damals ging es um Anleihekäufe der EZB in großem Stil. Durch die damaligen Marktturbulenzen sah Merkel sich in ihrem Schweigen bestätigt.

Urlaubssperre in Spanien

Ziel Jahr für Jahr verbringt Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy die Ferien mit Ehefrau Elvira Fernández an der galicischen Küste. Jeden Morgen steht er um acht auf und joggt zwei Stunden lang am Strand von Sanxenxo. Rajoy ist ein Mann der Gewohnheit.

Verzicht Diesen Sommer aber ist alles anders. Rajoy bleibt erst mal in Madrid, um dort die steigenden Risiko-Spreads der spanischen Staatsanleihen zu beobachten. Auch seinen Ministern hat er Urlaub im Ausland untersagt. Sie müssen in der Nähe bleiben für mögliche Krisensitzungen. **BIRGIT JENNER**

Und da sie ohnehin keinen wortreichen Regierungsstil pflegt, schickt sie aus Südtirol mit den Urlaubsfotos ihre Botschaft nach Deutschland: Die ersten Bilder aus Suldener in diesem Jahr zeigen Merkel im kanzleramtstypischen Blazer, genau wie 2011. Nichts zu sehen von den bequemen Turnschuhen und der Baseballkappe aus den Jahren zuvor. Die Kanzlerin ist in Krisenzeiten notfalls jederzeit regierungsfähig, diese Nachricht verbreitet Merkel mit den Blazerfotos. Inzwischen zeigt sie sich etwas sportlicher gekleidet – mit Karohemd, aber weiterhin mit ernster Miene.

Doch das Schweigen Merkels löst bei einigen Daheimgebliebenen aus der schwarz-gelben Koalition Sorgen aus. Wenn die Kanzlerin die neuen Pläne von EZB-Chef Mario Draghi zur Wiederaufnahme des Anleihekaufprogramms einfach nicht kommentiert, könnte das als Zustimmung gesehen werden. „Je länger Merkel schweigt, desto mehr läuft es in diese Richtung“, warnt ein CDU-Strategie. Er wird wohl noch warten müssen – Mitte August ist Merkel zurück.

INTERVIEW

„Wir sind ein Versuchskaninchen“



Mitunternehmer

Der Chef des griechischen Unternehmensverbands SEV, **Dimitris Daskalopoulos**, baute einst Griechenlands größten Lebensmittelkonzern auf. Nun vertritt der 53-jährige die Interessen seiner

FTD Deutsche Politiker schreiben Ihr Land ab, während die neue Regierung noch ein Sparpaket schnürt. Geht Ihnen das auf die Nerven?

DIMITRIS DASKALOPOULOS Griechenland war von Anfang an isoliert und ein Versuchskaninchen. Diese Situation dauert an. Doch die Finanzkrise ist mittlerweile ein europäisches, ein strukturelles, ein existenzielles Problem, keine ansteckende Krankheit eines einzelnen Landes. Wir erwarten heute etwas mehr Realismus von den Europäern. Wir haben zwei Jahre Erfahrung mit den Kreditvereinbarungen und eine sehr große Abweichung von den Zielen – wegen des mangelnden Willens griechischer Politiker, aber auch aufgrund der Prioritäten, die die Troika gesetzt hat.

In einem Brief an EU-Kommissionspräsident Barroso bemängeln Sie, dass weniger als 15 Prozent des Geldes aus den Rettungskrediten es in die griechische Wirtschaft geschafft haben. Was ist zu tun?

DASKALOPOULOS Wir brauchen eine schnelle Rekapitalisierung der Banken, ohne das auf die Staatsverschuldung anzurechnen. Die griechischen Firmen waren gesund und nicht verschuldet, sie sind vom öffentlichen Sektor erdrückt worden. 30 Jahre Missmanagement durch die Politiker haben dazu geführt. Nur die Privatwirtschaft kann das Land jetzt aus der Krise bringen. Im Moment aber können wir wegen der Kreditklemme der griechischen Banken nichts tun, nicht die einfachsten Transaktionen, ganz zu schweigen von Investitionen.

Was genau muss passieren?
DASKALOPOULOS Wir brauchen das Entgegenkommen der EZB. Sie sollte ihre griechischen Anleihen zum Vorzugspreis verkaufen, damit Mittel für die Banken frei werden. Ich bin optimistisch: Wir können die dunklen Wolken anheben. Die Europäer sind mutiger geworden. Wir gehen in Richtung Bankenunion und Steuerunion. Und Griechenland muss natürlich seine Hausaufgaben machen.

INTERVIEW: MARKUS BERNATH